



## Presseschau vom 25.08.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Außer der Reihe – Lesetipps:

**de.rt.com: Kriegsreporterlegende zu Evakuierungen in Afghanistan: "USA waren völlig unvorbereitet"**

Jim Laurie, der einzige US-Nachrichtenkorrespondent, der den Fall von Saigon am Ende des Vietnamkriegs miterlebte, vergleicht in einem Interview mit RT die Ereignisse in Afghanistan mit denen seinerzeit in Vietnam und Kambodscha. Es gebe Parallelen – aber auch Unterschiede. ...

<https://kurz.rt.com/2mxb>

**Marinko Učur: Taliban und afghanische Regierungsvertreter trafen sich schon 2018 in Belgrad**

Kontakte und Versuche, Friedensgespräche zu führen, gab es zwischen der prowestlichen Regierung Afghanistans und den Taliban schon vor einigen Jahren. Wie jetzt ans Tageslicht kommt, fanden die ersten Gespräche in Belgrad statt. ...

<https://kurz.rt.com/2mxd>

**de.rt.com: US-Bürger wegen Tragens eines T-Shirts mit russischer Symbolik im ukrainischen Odessa festgenommen**

Ein Tourist aus den USA ist in Odessa mit Gewalt von der Polizei festgenommen worden. Er trug ein T-Shirt mit der Aufschrift "Russia". Während der Festnahme bezeichnete er Russland

als "großartiges Land" und die Ukraine als ein "Problem für die Welt". ...

<https://kurz.rt.com/2mwc>

### de.rt.com: **Israels Premier Bennett präsentiert in Washington einen neuen Strategieplan gegen Iran**

Vor dem Hintergrund des chaotischen US-Rückzugs aus Afghanistan reist Israels Premier nach Washington, um sich zum ersten Mal seit seiner Wahl mit seinem Amtskollegen zu treffen. Gesprächsthemen sollen die geplante Wiederbelebung des Atomdeals der USA mit Iran und weitere Siedlungen im von Israel besetzten Westjordanland werden. ...

<https://kurz.rt.com/2myi>

### **abends/nachts:**

snanews.de: Über 200 Millionen Euro: Von der Leyen kündigt Aufstockung der humanitären Hilfe für Afghanen an

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat zum G7-Sondergipfel eine deutliche Erhöhung der humanitären Hilfe für Afghanen angekündigt.

Wie von der Leyen auf Twitter bekannt gab, soll der Beitrag aus dem EU-Haushalt von rund 50 Millionen Euro auf mehr als 200 Millionen Euro aufgestockt werden.

Die humanitäre Hilfe soll den notleidenden Menschen in Afghanistan und den angrenzenden Regionen zugutekommen und steht zusätzlich zu den Beiträgen der Mitgliedstaaten bereit. Angesichts der Machtübernahme der militant-islamistischen Taliban in Afghanistan haben die Staats- und Regierungschefs der sieben führenden Industrienationen und Vertreter der EU an diesem Dienstagnachmittag bei einer Videokonferenz über das weitere Vorgehen und über Hilfen für die Bevölkerung beraten. Zu den G7-Staaten gehören die USA, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan und Kanada.

### **Machtübernahme der Taliban in Afghanistan**

Die Lage in Afghanistan eskalierte, nachdem US-Präsident Joe Biden im April seine Entscheidung bekannt gegeben hatte, die US-Mission in Afghanistan zu beenden. Danach erhöhten die Taliban-Kämpfer das Tempo ihrer Offensive und etablierten am 15. August kampflös innerhalb von mehreren Stunden die volle Kontrolle über Kabul.

Daraufhin hat der afghanische Präsident, Aschraf Ghani, sein Amt niedergelegt und floh aus dem Land.



[https://cdn.snanews.de/img/07e5/08/12/3272739\\_0:208:3073:1936\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_4c13fe15ac9e40220534b89e108b5a59.jpg](https://cdn.snanews.de/img/07e5/08/12/3272739_0:208:3073:1936_1920x0_80_0_0_4c13fe15ac9e40220534b89e108b5a59.jpg)

de.rt.com: **Außenminister Sergei Lawrow: Russland will keine US-Militärkräfte in Zentralasien sehen**

Sergei Lawrow hat Plänen der USA eine Abfuhr erteilt, in den Nachbarländern von Afghanistan Truppen und Waffen zu stationieren. Der russische Außenminister verwies auf die Satzung der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS), die das nicht zulasse.

Der russische Außenminister Sergei Lawrow hat auf einer Pressekonferenz am Dienstag erklärt, dass die Russische Föderation keine US-Armeeangehörigen in Zentralasien sehen wolle. Er antwortete auf eine entsprechende Frage des Wall Street Journal. Als Hauptargument gegen eine solche US-Präsenz führte der russische Chefdiplomat die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) an.

"Wir haben einen gemeinsamen Sicherheitsraum, und in diesem Raum existieren eigene Verpflichtungen."

Die Satzung der OVKS sehe vor, dass die Genehmigung aller Mitgliedsstaaten für eine Stationierung ausländischer Militärkräfte auf deren Territorium erforderlich ist. Lawrow teilte ferner mit, die USA hätten nach ihrem Abzug aus Afghanistan geplant, einen Teil ihrer Truppen und Waffen in den Nachbarländern Afghanistans zu stationieren. Das Ziel wäre es, von dort aus Angriffe auf Afghanistan zu fliegen, sollte sich Kabul "schlecht benehmen". Somit könnten diese Länder jedoch zu einer Zielscheibe werden. Kein Land sei daran interessiert, nur damit die USA ihre Vorhaben umsetzen könnten.

Vor rund einem Monat hatte Russlands Verteidigungsminister Sergei Schoigu angesichts der Sicherheitslage in Afghanistan jede erforderliche Hilfe für die ehemaligen Sowjetrepubliken Usbekistan und Tadschikistan angekündigt. Zuletzt fanden dort mehrere Militärübungen mit Beteiligung russischer Armeeangehöriger statt. Im August trainierten unweit der afghanischen Grenze mehrere Tausend Soldaten unter anderem die Abwehr von Terroristen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/6124f1cbb480cc1bf62cdd44.jpg>

### **snanews.de: Nach heftiger Kritik: Bundesregierung lockert Aufnahmebedingungen für afghanische Ortskräfte**

Die Bundesregierung hat noch einmal die Bedingungen für die Aufnahme ihrer früheren afghanischen Ortskräfte gelockert. Ab sofort sollen alle nach Deutschland kommen können, die seit 2013 einmal bei der Bundeswehr oder den Bundesministerien unter Vertrag waren. Einen entsprechenden Bericht der „Welt“ bestätigten Entwicklungsministerium und Auswärtiges Amt am Dienstag. Frühere Mitarbeiter dieser beiden Ministerien konnten bisher nur einen Antrag stellen, wenn sie in den zwei Jahren zuvor dort beschäftigt waren. Verteidigungsministerium und Innenministerium hatten die Frist bereits im Juni auf 2013 ausgeweitet.

Wie viele Ortskräfte die Lockerung betrifft, blieb unklar. Für das Entwicklungsministerium waren bis zur Machtübernahme der Taliban noch 1100 Afghanen tätig, für das Auswärtige

Amt dagegen zuletzt nur eine „mittlere zweistellige Zahl“.

Er habe große Sorge um die afghanischen Mitarbeiter der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit und anderer Nichtregierungsorganisationen, sagte Bundesentwicklungsminister Gerd Müller. „Unsere afghanischen Mitarbeiter brauchen deshalb unsere Unterstützung, und wir arbeiten auf vielen Ebenen und auch an weiteren Möglichkeiten, das Land verlassen zu können jenseits der Luftevakuierung“, so Müller weiter.

### **„Von der eigenen Regierung moralisch verletzt“**

Das Patenschaftsnetzwerk für afghanische Ortskräfte der Bundeswehr hatte der Bundesregierung am Dienstag „unterlassene Hilfeleistung“ im Umgang mit ehemaligen Mitarbeitern in dem Krisenstaat vorgeworfen. Man sei darüber erbittert in einem Maße, „dass wir es nicht in Worte fassen können“, sagte der Vorsitzende, Marcus Grotian. Die Schuld gab er vor allem dem Bundeskanzleramt. Dort hätte man die Möglichkeit gehabt, die unterschiedlichen Interessen der Ministerien zusammenzubringen, sagte er. Auf fünf Briefe des Netzwerks im Juni und Juli habe die Regierungszentrale nicht reagiert.

Das Netzwerk wirft der Bundesregierung vor, zu spät mit der Rückführung der Ortskräfte begonnen und sie durch bürokratische Hürden behindert zu haben. Nach seinen Angaben geht es insgesamt um 8000 Ortskräfte und Familienangehörige. Wie viele davon bereits nach Deutschland zurückgekehrt sind, konnte Grotian nicht sagen.

„Alle anderen Länder evakuieren alle Ortskräfte. Wir evakuieren diejenigen, die man ausgewählt hat. Das finden wir verwerflich“, sagte der Vorsitzende des Netzwerks.

Er sei fassungslos, dass die Regierung jede Verantwortung für diese „Katastrophe“ von sich weise. „Wir sind von der eigenen Regierung moralisch verletzt, und das ist beschämend.“



[https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/11/3251613\\_0:1036:1735:2012\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_9517d7a41dda444cb34c05568f75e1f5.jpg](https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/11/3251613_0:1036:1735:2012_1920x0_80_0_0_9517d7a41dda444cb34c05568f75e1f5.jpg)

### **de.rt.com: Afghanistan: Taliban verbieten Afghanen das Betreten des Kabuler Flughafens**

Ein Sprecher der Taliban forderte die USA auf, afghanische Staatsbürger nicht länger zum Verlassen des Landes zu ermutigen. Währenddessen sprachen sich auf einem G7-Gipfel die Staats- und Regierungschefs für weitere Migration aus Afghanistan aus.

Die islamistischen Taliban haben laut Medienberichten damit begonnen, afghanische Staatsbürger am Betreten des Flughafens der Hauptstadt Kabul zu hindern. "Die Straßen zum Flughafen sind nun geschlossen. Afghanen haben momentan nicht die Erlaubnis, sich dorthin zu begeben, Ausländer haben die Erlaubnis", sagte Taliban-Sprecher Sabihullah Mudschahid auf einer Pressekonferenz am Dienstag. An die USA gerichtet sagte er:

"Hört auf, unsere Ingenieure, Ärzte und Offiziere zu ermutigen [das Land zu verlassen]. Wir brauchen sie. Wir brauchen ihr Talent."

Mudschahid sagte, die Situation am überfüllten Flughafen gefährde das Leben der dortigen

Menschen. Die Afghanen auf dem Flughafen forderte der Sprecher auf, nach Hause zu gehen und ihre Arbeit wieder aufzunehmen. Er versicherte, dass für ein normales Leben keine Gefahren bestünden.

Momentan sind noch circa 6.000 US-Soldaten, 1.000 britische Soldaten und kleinere Kontingente weiterer NATO-Staaten auf dem Flughafen Kabul stationiert. Die Taliban gaben den NATO-Staaten bis zum 31. August Zeit, ihre Staatsbürger zu evakuieren. Danach sollen sie das Land verlassen.

Am Dienstag trafen sich die Staats- und Regierungschefs der G7 auf einer virtuellen Konferenz zur Lage in Afghanistan. Im Anschluss an den virtuellen Gipfel sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel, dass man weiterhin intensive Gespräche darüber führe, ob ein zivil betriebener Flughafen nach Ablauf der Frist am 31. August genutzt werden könne. Laut dem kanadischen Premierminister Justin Trudeau hat man sich darauf geeinigt, die Taliban dazu zu drängen, die Ausreise aus Afghanistan auch nach dem 31. August zu ermöglichen.

Auf einer Pressekonferenz im Anschluss an den G7-Gipfel äußerte sich auch die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen. In der Frage der Migration, müssten Frauen – insbesondere gebildete Frauen und Mädchen, Journalisten, Menschenrechtsaktivisten, Lehrer, Richter und Anwälte – Priorität haben.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/61252d7748fbef45cf18b9a9.JPG>

**vormittags:**

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 24. August 2021 wurden zwei Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

**Shelobok** wurde mit Granatwerfern (**9 Geschosse**) und Schusswaffen beschossen.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

snanews.de: **Afghanische Sicherheitskräfte bekamen 10.000 Bundeswehr-Pistolen**

„Die Bundeswehr hat die afghanischen Sicherheitskräfte während ihres 20-jährigen Einsatzes mit 10.000 Pistolen ausgerüstet. Daneben sei seit 2002 nur Sanitätsmaterial und Bekleidung an die Armee und die Polizei abgegeben worden, teilte das Verteidigungsministerium der Deutschen Presse-Agentur auf Anfrage mit.

Die Pistolen vom Typ Walther P1 seien bereits 2006 kostenlos zur Verfügung gestellt worden. Was daraus nach der Machtübernahme der militant-islamistischen Taliban\* geworden ist, ist dem Ministerium nicht bekannt.

„Es liegen dem BmVg (Verteidigungsministerium) keine Erkenntnisse darüber vor, ob diese Güter in die Hände der Taliban gelangt sind“, erklärte eine Sprecherin.

Die afghanischen Streitkräfte hatten sich vielerorts kampfflos den Taliban ergeben. Ausgerüstet worden sind sie in den 20 Jahren des internationalen Militäreinsatzes vor allem von den USA. Alleine zwischen 2013 und 2016 statteten die Vereinigten Staaten Armee und Polizei mit fast 600.000 Schusswaffen, 76.000 Fahrzeugen und mehr als 200 Flugzeugen aus, wie das „Wall Street Journal“ vergangene Woche unter Berufung auf einen US-Regierungsbericht berichtete. In Washington wird freimütig eingeräumt, dass viel von dem militärischen Gerät nun wohl von den Islamisten genutzt wird.

„Wir haben natürlich kein vollständiges Bild davon, wohin die einzelnen Rüstungsgüter gegangen sind, aber sicherlich ist eine ganze Menge davon in die Hände der Taliban gefallen“, sagte der Sicherheitsberater von US-Präsident Joe Biden, Jake Sullivan.

Die Bundesregierung hat seit Beginn des Militäreinsatzes 2002 den Export von Kriegswaffen und anderen Rüstungsgütern für 419 Millionen Euro nach Afghanistan genehmigt. Der weitaus größte Teil wurde allerdings an die Streitkräfte der Nato-Verbündeten, an Botschaften oder an die Vereinten Nationen geliefert, darunter Panzer, gepanzerte Fahrzeuge sowie Handfeuerwaffen wie Gewehre und Maschinenpistolen. An afghanische Sicherheitskräfte ging nur ein geringer Teil, vor allem geschützte Fahrzeuge, Minenräumergeräte, verstärkte Container, Schutzausrüstung oder Kommunikationsgeräte. Das geht aus den jährlichen Rüstungsexportberichten der Regierung und einer aktuellen Aufstellung des Bundeswirtschaftsministeriums hervor, die der dpa vorliegt.



[https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/0e/3217957\\_0:0:2827:1591\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_8bb1b2423b00204f1e3268df48899f4d.jpg](https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/0e/3217957_0:0:2827:1591_1920x0_80_0_0_8bb1b2423b00204f1e3268df48899f4d.jpg)

### **dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 24. August 3:00 Uhr bis 25. August 3:00 Uhr**

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination eine Verletzung des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

*Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).*

In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich die Ortschaft **Luganskoje**.

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zur Verletzung des Regimes der Feuereinstellung einzusetzen wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feuereinstellung ein. Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurde eine Verletzung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

deu.belta.by: **Außenministerium über humanitären Konvoi aus Polen**

Das Außenministerium von Belarus hat seinen Kommentar betreffend den polnischen Konvoi mit humanitärer Hilfe, der angeblich auf eine Einfuhrerlaubnis an der belarussisch-polnischen Grenze wartet, abgegeben. Die Antwort von Anatoli Glas, Pressesprecher des belarussischen Außenministeriums, wurde auf der Website des Ministeriums veröffentlicht.

„Die polnische Seite benimmt sich seltsam und versucht mit allen Kräften, das Erwünschte als Tatsächliche zu gestalten. Dabei stellt es seine innenpolitischen Interessen über die Interessen von einfachen Menschen, wenn auch diese Menschen Flüchtlinge aus schwachen Ländern sind“, sagte Anatoli Glas.

Nach Worten von Anatoli Glas hat das Außenministerium Polens eine Note eingereicht und, ohne eine Antwort bekommen zu haben, schon einen Konvoi an die Grenze geschickt. Er äußerte die Ansicht, dass Belarus ein souveräner Staat sei man auf eine Antwort warten müsse, ohne irgendeinen Konvoi geschickt zu haben. Würde sich Polen tatsächlich um die Flüchtlinge kümmern, könnte man alles Nötige diesen Flüchtlingen an ihrer Seite der Grenze übergeben. Aber anstatt das Problem zu lösen, macht man eine Multimedia-Show, wies man man im Ministerium hin. Dass die belarussische Seite die Flüchtlinge höchst menschlich behandelt, ist offensichtlich, wovon zahlreiche Beispiele zeugen, erklärte Anatoli Glas. Der Pressesprecher des Außenministeriums wies darauf hin, dass Belarus keine Probleme an den Grenzen schaffen werde. „Unsere Zusammenarbeit mit bestimmten Ländern, einschließlich Polen, war musterhaft. Sie entwickelte sich im Rahmen entsprechender Programme. Die Projekte technischer Hilfe wurden umgesetzt. All das ist nunmehr auf Initiative der Europäischen Union eingestellt. Man kann an eine angebliche hybride Kriegsführung Gedanken hegen, aber die Grenze sollte eine Linie der Zusammenarbeit bleiben. Alle umstrittenen Probleme sollten hier nur mittels eines gegenseitigen achtungsvollen Dialogs gelöst werden“, hieß es im Auswärtigen Amt.

Lug-info.com: In der LVR sind am 24. August um 9:00 Uhr 8495 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 6784 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 823 Todesfälle.

Mzdnr.ru: Am 24. August wurden in der DVR 898 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 293 positiv, bei 49 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

Am 25. August um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 54.690 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

6137 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 44.547 als gesund entlassen, es gibt 4006 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 201 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 26 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 114 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 2259 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 844 mit Sauerstoffunterstützung (+59 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 2247 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

**nachmittags:**

### snanews.de: **Hamas ruft erneut zu Protesten am Grenzzaun zu Israel auf**

Die palästinensische Hamas hat am Mittwoch zu Protesten am Grenzzaun zu Israel aufgerufen. Diese richteten sich gegen die Blockade des Gazastreifens. Am Samstag war es zu gewaltsamen Konfrontationen zwischen Palästinensern und israelischem Militär gekommen. Die islamistische Palästinenserorganisation Hamas und weitere Gruppierungen im Gazastreifen haben für Mittwochnachmittag zu Protesten am Grenzzaun zu Israel aufgerufen. Der Protest richtete sich gegen die israelische Blockade des Küstengebiets, teilten die Gruppierungen mit. Bei Konfrontationen zwischen Palästinensern und israelischen Soldaten waren am Samstag nach offiziellen Angaben 41 Palästinenser und ein israelischer Grenzpolizist verletzt worden. Anschließend griff die israelische Luftwaffe nach Armeeangaben Hamas-Ziele im Gazastreifen an.

Die Konfrontationen im Grenzgebiet waren die gewaltsamsten seit 2019, seit dem Ende des Protestes unter dem Motto „Marsch der Rückkehr“. Damals hatten Ägypten, Katar und die Vereinten Nationen erfolgreich zwischen Israel und der im Gazastreifen herrschenden Hamas verhandelt.

Im Mai hatten sich Israel und militante Palästinenser einen elftägigen bewaffneten Konflikt geliefert, bei dem in Israel nach offiziellen Angaben 13 Menschen getötet wurden. Im Gazastreifen starben nach Angaben des Gesundheitsministeriums 255 Menschen. Die Europäische Union, Israel und die USA stufen die Hamas als Terrororganisation ein. Israel hatte 2007 eine Blockade des Gazastreifens verschärft, die inzwischen von Ägypten mitgetragen wird. Beide Länder begründen die Maßnahme mit Sicherheitsinteressen. In dem Küstengebiet leben rund zwei Millionen Menschen, ein Großteil davon nach Angaben von Hilfsorganisationen unter sehr schlechten Bedingungen.



[https://cdn.snanews.de/img/07e5/08/19/3355570\\_0:122:3145:1891\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_b88cb0114f67171aeba317fe60058b75.jpg](https://cdn.snanews.de/img/07e5/08/19/3355570_0:122:3145:1891_1920x0_80_0_0_b88cb0114f67171aeba317fe60058b75.jpg)

### Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 25.08.2021**

**In den letzten 24 Stunden wurde eine Verletzung des Komplexes von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.**

**In Richtung Donezk** haben Kämpfer aus der 28. Brigade von den Positionen im Gebiet von Nowomichajlowka aus **Luganskoje** mit Schusswaffen beschossen.

Der Verstoß wurde operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu ergreifen und um Fälschungen von Daten über Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Die Verteidiger der Republik beobachten weiter den Gegner, halten streng das Regime der Feueereinstellung ein und sind in Bereitschaft, adäquat auf Befehls des Kommandos auf

Handlungen der ukrainischen Seite zu reagieren.

Es wurde festgestellt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen zwei Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert sind.

Aus dem Bestand der 128. Gebirgssturmbrigade:

ein Abwehrgeschütz „Schilka“ in der Nähe von Wohnhäusern in Orlowskoje;

ein Schützenpanzerwagen in einem Wohngebiet in Gnutowo.

**Die ukrainische Seite blockiert weiter die Funktion von Drohnen der OSZE-Mission.** So hat der Gegner, um die Erfassung von Verstößen von Seiten der 58. und 128. Brigade zu verhindern, Stationen der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand mobiler Gruppen des 502. und 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle während der Flüge von Drohnen der OSZE-Mission in den Gebieten von Netajlowo und Lebedinskoje zu blockieren.

Wir stellen weiter Fälle der **Verminung von Territorien**, die Ortschaften und allgemeine Straßen angrenzen, durch den Gegner fest, was direkt Leben und Gesundheit friedlicher Bürger und von Vertretern der OSZE-Mission gefährdet.

Quer über die Straße von Wodjanoje in Richtung Kominternowo haben Kämpfer der 128. Gebirgssturmbrigade 41 Antipanzermine installiert.

**Die Aufklärung der Volksmiliz hat festgestellt, dass Mörsergeschosse an die Frontpositionen in Richtung Gorlowka im Gebiet von Nowoselowka Wtoraja in die Einheiten des 1. Fallschirmlandeataillons der 25. Luftlandebrigade transportiert werden.**

Es ist wichtig anzumerken, dass die ukrainischen bewaffneten Formationen weiter zum Transport von Munition **Fahrzeuge mit Symbolen des GZKK** einsetzen. So wurden gestern 120mm- und 82mm-Mörsergeschosse sowie Munition für Schusswaffen mit einem weißen SIL-Lastwagen mit der Aufschrift GZKK auf die Positionen der 25. Brigade geliefert.

So füllen die ukrainischen bewaffneten Formationen in Verletzung internationaler Konventionen unter dem Anschein von humanitären und Friedensorganisationen die Auffüllung der Munitionsvorräte der Einheiten durch, die in offenen Örtlichkeiten liegen, wo die Lieferung durch Militärfahrzeug erschwert ist.

**Wir prognostizieren eine Verstärkung der Feueraktivität** im Verantwortungsbereich der 25. Luftlandebrigade in Richtung Gorlowka.

Wir erhalten weiter **Informationen über den schlechten moralisch-psychischen Zustand der ukrainischen Soldaten** in der OOS-Zone. Wegen zahlreicher Beschwerden von Einwohnern von Dsershinsk über rechtswidrige Handlungen von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, die bei Hotline des Verteidigungsministeriums eingehen, ist in der 10. Gebirgssturmbrigade eine Kommission des Stabs der OOS eingetroffen, um die Organisation der militärischen und alltäglichen Aktivität gemeinsam mit Vertretern des militärischen Rechtsordnungsdienstes und des SBU zu überprüfen. Aufgabe der Kontrolleure ist nicht nur die Inspektion der Alltagsbedingungen in der Brigade sondern auch eine Überprüfung der operativen Informationen über die Organisation der Verbreitung von Drogen durch Offiziere des Brigade an unterstelltes Personal.

Derzeit werden beim gesamten Personal der 10. Brigade Analysen zu Drogen im Organismus durchgeführt. An einem einzigen Arbeitstag wurden 23 Soldaten des 109. Gebirgssturmataillons der 10. Brigade des Drogenkonsums überführt. Mitarbeiter des militärischen Rechtsordnungsdienstes befragen diese Soldaten, um die an der Lieferung von Drogen auf das Gebiet des Truppenteils Beteiligten festzustellen.

snanews.de: **Evakuierung läuft weiter: USA, Deutschland und Russland bringen Menschen in Sicherheit**

Angesichts der sich nähernden Frist für den Truppenabzug läuft der Evakuierungseinsatz aus

Afghanistan unter Beteiligung mehrerer Länder, darunter auch Russlands, auf Hochtouren. Wie der Stellvertretende Pressesprecher des Weißen Hauses, Andrew Bates, via Twitter am Mittwoch mitteilte, sind in den letzten 24 Stunden 19.000 Menschen aus Kabul evakuiert worden. Damit verzeichneten die USA einen neuen Rekord: Am Dienstag wurde die Evakuierung von rund 12.000 Menschen aus Kabul bekanntgegeben. „Seit dem 14.8. haben wir nun 82.300 Menschen evakuiert, seit Juli 87.900“, stellte Bates fest.

Auch die Bundeswehr machte ihre Evakuierungsfortschritte bekannt: Am Mittwoch sind bislang 218 schutzbedürftige Personen nach Taschkent in Usbekistan gebracht worden. Am Dienstag informierte die Bundeswehr, sie habe etwa 983 Menschen von Kabul nach Taschkent ausgeflogen. Insgesamt sollen die deutschen Soldaten rund 4600 Menschen im Rahmen des Evakuierungseinsatzes gerettet haben.

Wie das russische Verteidigungsministerium am Mittwoch mitteilte, hat der Amtschef Sergej Schoigu auf Anweisung des Präsidenten Wladimir Putin mit der Evakuierung von mehr als 500 seiner Staatsangehörigen, aber auch der Bürger anderer OVKS-Mitgliedstaaten und der Ukraine aus Afghanistan begonnen. Dafür werden vier Militärtransportflugzeuge eingesetzt, die vorerst in der Stadt Uljanowsk in der Wolgaregion stationiert worden waren.

Medienberichten zufolge hatte Norwegens Justizministerin Monica Mæland am Dienstag über die Evakuierung von mehr als 20 unbegleiteten Kindern vom militärischen Feldlazarett auf dem Flughafen von Kabul informiert. Die Kinder, von denen die meisten unter fünf Jahre alt seien, seien aus Sicherheitsgründen nach Norwegen gebracht worden. Die Suche nach ihren Eltern werde momentan fortgesetzt.

### **Frist für Truppenabzug vorerst fest**

Die Evakuierung wurde beschleunigt, als der US-Präsident Joe Biden am Dienstag nach dem G7-Gipfel zur Lage in Afghanistan bekanntgegeben hatte, er werde die Frist für den Abzug aller amerikanischen Truppen aus Afghanistan bis zum 31. August nicht verlängern, zumindest nicht im Moment. „Wir sind derzeit dabei, die Evakuierungsmaßnahmen bis zum 31. August abzuschließen. Je früher wir sie abschließen können, desto besser“, sagte Biden am Dienstag in einer Rede im Weißen Haus. Jeder Tag des Einsatzes bringe laut Biden zusätzliche Risiken für die US-Truppen mit sich.

Daraufhin bestätigte der Sprecher des US-Verteidigungsministeriums, John Kirby, dass mehrere Hunderte US-Soldaten Afghanistan am Dienstag verlassen hätten. „Bei diesen Truppen handelt es sich um eine Mischung aus Hauptquartierspersonal, Wartungspersonal und anderen unterstützenden Funktionen, die für die Abreise vorgesehen waren und deren Aufgabe auf dem Flughafen beendet war“, zitiert ihn CNN. Am Samstag hatte Kirby von etwa 5.800 US-Soldaten gesprochen, die am Flughafen von Kabul noch eingesetzt waren.



[https://cdn.snaneews.de/img/07e5/08/19/3357735\\_0:320:3072:2048\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_67e940a21040f3771f7ef89c5d08b0a0.jpg](https://cdn.snaneews.de/img/07e5/08/19/3357735_0:320:3072:2048_1920x0_80_0_0_67e940a21040f3771f7ef89c5d08b0a0.jpg)

**Mil-Inr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR  
Oberleutnant I.M. Filiponenko**

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden **in den letzten 24 Stunden zwei Verletzungen des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueereinstellung festgestellt.

**In Richtung Slawjanoserbsk** haben Kämpfer des 15. Bataillons der 128. Brigade, die im Rahmen der 57. Brigade eingesetzt sind, auf Befehl des Brigadekommandeurs Mischantschuk von den Positionen im Gebiet von Pritschepilowka aus zweimal **Shelobok** mit Granatwerfern beschossen und neun Granaten abgefeuert. ...

**de.rt.com: Merkel: Wir müssen mit den Taliban verhandeln**

In ihrer Ansprache im Bundestag konstatierte Angela Merkel: "Die Taliban sind jetzt Realität in Afghanistan". Die Bundesregierung werde sich dieser Realität beugen und mit den Taliban verhandeln, um zu bewahren, "was wir in den letzten 20 Jahren in Afghanistan an Veränderungen erreicht haben".

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich für Verhandlungen mit den Taliban in Afghanistan über die Zeit nach dem Abzug der internationalen Truppen ausgesprochen. Gleichzeitig betonte sie in einer Regierungserklärung im Bundestag, dass es "keine unkonditionierten Vereinbarungen" mit den Taliban geben dürfe.

Die CDU-Politikerin räumte ein, dass die Bundesregierung die jüngsten Entwicklungen in Afghanistan falsch eingeschätzt hatte und kündigte eine umfassende Aufarbeitung an. Sie verteidigte aber das umstrittene Vorgehen bei der Aufnahme ehemaliger afghanischer Mitarbeiter von Bundeswehr und Bundesministerien in Deutschland.

Über die rasante Eroberung Afghanistans durch die Taliban und die Evakuierungsaktionen von 26 westlichen Staaten, um ihre eigenen Staatsbürger und schutzsuchende Afghanen auszufliegen, äußerte Merkel:

"Die Entwicklungen der letzten Tage sind furchtbar, sie sind bitter. Für viele Menschen in Afghanistan sind sie eine einzige Tragödie."

Nach Angaben der dpa führt der deutsche Diplomat Markus Potzel bereits seit einigen Tagen in Katar Gespräche mit Taliban-Vertretern über die deutsche Evakuierungsaktion. Da der Militärabzug wegen des Abzugs der US-Streitkräfte bis zum 31. August beendet werden muss, wird nun nach Wegen gesucht, auch danach noch Menschen außer Landes zu bringen. Die Bundeskanzlerin betonte, dass man nun nicht mehr an den Taliban vorbeikomme, wenn man etwas in Afghanistan erreichen wolle. Das Ziel müsse bleiben, "dass so viel wie möglich von dem, was wir in den letzten 20 Jahren in Afghanistan an Veränderungen erreicht haben, bewahrt wird". Darüber müsse man mit den Taliban sprechen. Merkel konstatierte:

"Die Taliban sind jetzt Realität in Afghanistan. Diese neue Realität ist bitter, aber wir müssen uns mit ihr auseinandersetzen."

Die massive Kritik an dem Umgang der Bundesregierung mit ehemaligen afghanischen Mitarbeitern wies Merkel weitgehend zurück. Man sei in einem Dilemma gewesen. Hätte man "im Frühjahr nicht nur mit dem Abzug der Bundeswehr begonnen, sondern gleich auch mit dem Abzug von Mitarbeitern und Ortskräften deutscher Hilfsorganisationen", dann hätten "manche dies sicher als vorausschauende Vorsicht gewürdigt, andere dagegen als eine Haltung abgelehnt, mit der Menschen in Afghanistan im Stich gelassen und ihrem Schicksal überlassen werden". Merkel betonte, beide Sichtweisen hätten ihre Berechtigung.

Für Merkel steht fest, die Bundesregierung habe damals sehr gute Gründe dafür gesehen, den Menschen in Afghanistan nach dem Abzug der Truppen wenigstens in der Entwicklungszusammenarbeit weiter zu helfen. Es habe sich um "ganz konkrete Basishilfe von Geburtsstationen bis zur Wasser- und Stromversorgung" gehandelt. Die CDU-Politikerin wehrte sich gegen eine Kritik im Nachhinein. Sie machte deutlich, dass man in der damaligen Situation eine Entscheidung habe treffen müssen.

"Hinterher, im Nachhinein alles genau zu wissen und exakt vorherzusehen, das ist relativ mühelos."

Für den schnellen Zusammenbruch in Afghanistan machte Merkel die Sicherheitskräfte des Landes und die politische Führung verantwortlich. Dass der gesamte Einsatz mit der Haltung der USA als militärisch Stärksten im Bündnis stehen und fallen werde, sei immer klar gewesen. Merkel hob hervor, die "Internationale Gemeinschaft" habe erwartet, "dass es Kämpfe mit den erstarkten Taliban geben könnte, nachdem die internationalen Truppen abgezogen sein würden". Dennoch räumte die Bundeskanzlerin ein:

"Unterschätzt aber haben wir, wie umfassend und damit im Ergebnis wie atemberaubend schnell die afghanischen Sicherheitskräfte nach dem Truppenabzug ihren Widerstand gegen die Taliban aufgeben würden, beziehungsweise, dass sie einen solchen Widerstand gar nicht erst aufnehmen würden."



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/61263ee348fbef693d335da7.PNG>

### de.rt.com: **Botschaft funktioniert: Russland evakuierte Familien von Diplomaten vor Machtübernahme der Taliban**

Die Familienangehörigen russischer Diplomaten waren aus Afghanistan evakuiert worden, bevor die Taliban in Kabul an die Macht kamen, sagte Kremlsprecher Dmitri Peskow. Ihm zufolge arbeitet die russische Botschaft in Kabul ganz normal.

"Es gibt bestimmte Vereinbarungen, um die Sicherheit unserer Diplomaten zu gewährleisten. Die Familienmitglieder – Frauen und Kinder, die nicht die Angestellten (der diplomatischen Vertretung) sind – wurden vorzeitig aus Afghanistan abgezogen", sagte Peskow.

Der Kremlsprecher fügte auch hinzu, dass die Machtübernahme der Taliban in Kabul "de facto Realität" sei, es seien keine "Entscheidungen über einen Sonderstatus" afghanischer Flüchtlinge in Russland getroffen worden, berichtet die Nachrichtenagentur TASS.

Der russische Botschafter in Kabul Dmitri Schirnow hatte bereits in einem Interview mit RT die Meldungen einiger Medien dementiert, dass die russischen Diplomaten aus Afghanistan evakuiert würden. In Bezug auf die Politik Moskaus gegenüber Kabul nach der Machtübernahme der Taliban betonte Schirnow, Russland wolle, dass Afghanistan ein zivilisierter, von Drogen und Tyrannei freier Staat wird, in dem die Menschenrechte gewahrt werden und der außerdem gute Beziehungen zu anderen Ländern hat. Für die heutige Lage macht Schirnow die Aktivitäten der USA in Afghanistan verantwortlich. Die Präsenz der USA und der NATO auf afghanischem Boden sei zunehmend als Besatzung betrachtet worden. Die Taliban hätten in der Zwischenzeit an Popularität bei der einfachen Bevölkerung gewonnen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/6124fa6ab480cc1cad132cce.jpg>

**abends:**

### de.rt.com: **Putin: Russland lässt sich nicht in Konflikt "Alle gegen Alle" in Afghanistan hineinziehen**

Der russische Präsident hat erklärt, Moskau habe Lehren aus der sowjetischen Erfahrung in Afghanistan gezogen. Russland werde seine Armee nicht in einen Krieg "Alle gegen Alle" hineinziehen lassen. Das Verteidigungsministerium evakuierte 500 Menschen aus dem Land. In Bezug auf die Lage in Afghanistan hat der russische Präsident Wladimir Putin auf dem Parteitag der regierenden Partei Einiges Russland am Dienstag erklärt, Russland verfolge die Situation, werde aber auf keinen Fall zulassen, dass seine Streitkräfte in einen Konflikt "Alle gegen Alle" in diesem Land einbezogen werden:

"Sie wissen, wie ernst und schwer die Lage in Afghanistan derzeit ist. Wir verfolgen diese Situation und arbeiten aktiv mit unseren Verbündeten in der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) zusammen. Wir werden uns natürlich nicht in innere Angelegenheiten Afghanistans einmischen und unsere Streitkräfte in diesen 'Alle gegen alle'-Konflikt nicht einbeziehen lassen."

Putin zufolge hat die Sowjetunion eine eigene Erfahrung in Afghanistan gemacht und das moderne Russland seine Lehren daraus gezogen.

Außerdem beauftragte der Präsident das russische Verteidigungsministerium mit einer Evakuierung von 500 Menschen aus Afghanistan. Es gehe um russische Bürger und Bürger der OVKS-Mitgliedstaaten sowie der Ukraine. Vier militärische Transportflugzeuge werden vom Flugfeld nahe der russischen Stadt Uljanowsk nach Afghanistan starten. Alle Maschinen verfügen über entsprechende medizinische Ausrüstung und Medikamente sowie Wasser, Nahrung und warme Decken. An Bord dieser Flugzeuge befinden sich zudem Sanitätsoffiziere.

Während des Abzugs der Truppen der USA und der NATO aus Afghanistan hatten die Taliban-Milizen eine groß angelegte Offensive im Land gestartet und einen Großteil der Territorien erobert. Am 15. August marschierten sie in die Hauptstadt Kabul ein und erklärten den 20 Jahre dauernden Krieg für beendet. Die Taliban wollen eine neue Regierung zu bilden. Viele Staaten organisierten die Evakuierung ihrer Staatsbürger aus Afghanistan. Tausende Afghanen versuchen ebenso zu fliehen. Manche Flugzeuge aus dem Ausland einschließlich Deutschlands nehmen Flüchtlinge mit.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2021.08/article/6125fdc248fbef43d62ea141.jpg>